

Pressemitteilung: Öffentliche Erklärung zur gewaltsamen Räumung und zu fremdenfeindlichen Angriffen auf Migranten und Flüchtlinge in Iquique

27. September 2021

übersetzt von Gabriele Kolmorgen

Die grausamen Vorfälle, die sich am Wochenende in Iquique gegen Migrant:innen und Geflüchtete ereigneten und die von einer gewaltsamen Räumung, einer Demonstration gegen irreguläre Migration und der anschließenden Verbrennung ihrer Habseligkeiten durch Privatpersonen gekennzeichnet waren, sind das Ergebnis einer Politik der Kriminalisierung und Diskriminierung von Menschen, die auf der Suche nach Schutz ins Land kommen.

Diese unwürdige Behandlung von Menschen, die eigentlich geschützt werden sollten, ist Ausdruck eines gleichgültigen Staates, der es wieder einmal versäumt hat, die Standards für die Anwendung von Gewalt zu regeln und umzusetzen. Der Staat ist verpflichtet, die missbräuchliche Anwendung von Gewalt abzuwenden, sowie diskriminierende Handlungen gegen seine Einwohner:innen zu verhindern und zu beseitigen. Er führte jedoch nicht nur eine gewaltsame Räumung von Migrant:innen und Geflüchteten durch, die sich in einer eindeutigen Lage der Vulnerabilität befinden, sondern wurde auch Zeuge der fremdenfeindlichen Übergriffe, denen sie anschließend ausgesetzt waren, ohne etwas dagegen zu unternehmen.

Wir erinnern auch daran, dass die meisten der von diesen Vorkommnissen betroffenen Menschen Venezolaner:innen sind, die internationalen Schutz benötigen, die sich angesichts der schweren humanitären Notlage und Menschenrechtskrise im eigenen Land gezwungen sahen, ihre Heimat zu verlassen. Wir fordern von den Behörden:

- die Gewalttaten vom Samstag, den 25., zu untersuchen und eine klare Botschaft an die Gesellschaft zu senden, dass solche Taten nicht toleriert werden.
- den Schutz des Rechts auf Leben, körperliche und seelische Unversehrtheit aller Personen zu gewährleisten, die ihrer Gerichtsbarkeit unterstehen, ohne jegliche Diskriminierung, **so wie es in den von Chile ratifizierten internationalen Menschenrechtsverträgen festgelegt ist.**

Darüber hinaus **fordern wir die Regierung von Präsident Piñera auf, die**

Verantwortung für diese offensichtliche humanitäre Krise zu übernehmen und nicht mit den Massenausweisungen fortzufahren. Denn diese stehen in völligem Widerspruch zu den internationalen Normen, die eine Einzelfallprüfung und die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung erfordern.

Es ist höchste Zeit, sich mit der grundlegenden Situation zu befassen und eine auf der Achtung der Menschenrechte basierende Antwort zu geben.